

HESSISCHER LANDTAG

30. 10. 2025

Plenum

Antrag

Fraktion der AfD

Bundesweite Kritik am hessischen Innenministerium: Meldestelle "Hessen gegen Hetze" endlich abschaffen!

Der Landtag wolle beschließen:

- 1. Der Landtag stellt fest, dass die Meldestelle "Hessen gegen Hetze" in den bundesweiten Medien aus Anlass des Falls des Publizisten und Medienwissenschaftlers Norbert B. in die Kritik geraten ist.
- Der Landtag erinnert daran, dass dies nach dem sogenannten "Schwachkopf"-Fall schon das zweite Ereignis ist, in dem eine von der Meldestelle angestoßene Ermittlung für bundesweite, negative Schlagzeilen sorgt.
- 3. Der Landtag ist besorgt darüber, dass die Meldestelle "Hessen gegen Hetze" in der Öffentlichkeit den Eindruck erweckt, von staatlicher Stelle werde der Bürger überwacht, denunziert und mit repressiven Maßnahmen überzogen für das Verbreiten von Inhalten, die diese Maßnahmen nicht einmal im Ansatz rechtfertigen.
- 4. Der Landtag erkennt in der Meldestelle "Hessen gegen Hetze" keinen Mehrwert gegenüber den für die Strafverfolgung ohnehin zuständigen Staatsanwaltschaften und hält diese daher bestenfalls für unnötig und kostenintensiv für den hessischen Steuerzahler.
- 5. Der Landtag ist besorgt über den Reputationsverlust, der von der Meldestelle "Hessen gegen Hetze" für das hessische Innenministerium, den Ministerpräsidenten und das Land Hessen insgesamt ausgeht.
- Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Meldestelle "Hessen gegen Hetze" umgehend aufzulösen und die Verfolgung von Straftaten den hierfür zuständigen Staatsanwaltschaften zu überlassen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 30. Oktober 2025

Der Parlamentarische Geschäftsführer: Dr. Frank Grobe